

Aus dem Inhalt

- Die Magie des Netzes und der Vernetzung
Kommentar von Friedhelm Hengsbach
- netzwerk gesellschaftsethik
Gedanken von Heiner Ludwig
- Wir haben im deutschen Bildungswesen
noch Nachholbedarf
Interview mit Marianne Heimbach-Steins
- Freiheit und Verantwortung – Grundlagen
einer menschengerechten und leistungsfähigen
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Christoph Böhr MdL,
Vorsitzender der CDU-Werte-Kommission
- Katholiken und Attac
- Forum Sozialethik

Die Magie des Netzes und der Vernetzung

**Friedhelm Hengsbach SJ,
Frankfurt am Main**

Die Begriffe: „Netzwerk“, „Vernetzen“ gehören meiner Meinung nach zu den Schmetterlingsworten des Jahrhundertwechsels. Sie üben eine magische Faszination aus, verheißen einen revolutionären Wandel des Lebensstils, der individuellen Identität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Allerdings ist ihre Bedeutung bunt, flatterhaft, diffus. In wechselnden Sprachspielen, etwa der Telekommunikation, der Unternehmensorganisation oder der Verkehrsplanung werden sie unterschiedlich verwendet. Und man benutzt sie als Kampfformeln, um das einlinige Denken in Ursachenketten als veraltet und das Fortbestehen hierarchischer Strukturen als fossil zu charakterisieren.

Das Netz – ein Notruf

Die öffentliche Debatte über das Netz und die Vernetzung ist der Notruf angesichts eines gesellschaftlichen und politischen Leidensdrucks, der einen Mangel signalisiert, aber nicht die präzise Beschreibung von Tatsachen. Was nämlich beobachtet und beschrieben werden kann, ist der unvermittelte Dualismus einer virtuellen und realen Welt.

- (1) In den Unternehmen wird der Abbau oder die Verflachung hierarchischer Strukturen propagiert. An die Stelle eines straff organisierten Konzerns

seien autonome Geschäftseinheiten entstanden, die ihre Investitionsziele selbst bestimmen. Projektgruppen würden nicht mehr von außen gesteuert, sondern könnten ihre Arbeitszeiten und Arbeitsformen eigenständig vereinbaren. Aus abhängig Beschäftigten seien inzwischen Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft geworden. Sowohl die Geschäftseinheiten als auch die Arbeitsteams würden sich als Knotenpunkte eines verzweigten Netzwerks begreifen.

In den Schaltzentralen der nationalen Politik wird die Erwartung zurückgewiesen, als könne die Regierung das öffentliche Interesse gegen private Interessen durchsetzen. Sie sei allenfalls in der Lage, die partikulären Interessen zu verknüpfen und das daraus entstehende Netzwerk zu moderieren. Erst recht im globalen Zusammenhang sei Politik nur mehr durch eine Vernetzung supranationaler Institutionen, transnationaler Unternehmen und zivilgesellschaftlicher Akteure möglich.

Indem die globalen Finanzmärkte quasi als fünfte Gewalt in der Demokratie ausgezeichnet werden, entstehe, so erklärt man, ein monetär-realistisches wirtschaftliches Netz, das die Interessen der Anleger, die segensreichen Funktionen der Märkte, die „shareholder-value“-Orientierung der Unternehmen und jene nationalen Regierungen, die sich vorrangig an der Inflationsbekämpfung und an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte orientieren, miteinander verknüpft.

Katholische Christen freunden sich mehr und mehr mit der Communio-Struktur als authentischer Deutung der Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils an. Die Kirche sei als ein globales Netzwerk aufzufassen, als eine Gemeinschaft von Gemeinschaften. Im Zentralkomitee der deutschen Katholiken seien die Repräsentanten der Gemeinden, Bewegungen und Initiativen, Verbände und Hilfswerke zu einem beeindruckenden Netzwerk verknüpft.

- (2) In einer Diagnose real existierender gesellschaftlicher Sphären lassen sich meist bloß blendende Schein-Netze und Beschwörungsversuche feststellen. Während Konzerne geschmiedet und Fusionen vorfinanziert, Unternehmensteile gekauft und verkauft, feindliche Übernahmen ganzer Unternehmen durchgesetzt oder angedroht werden, sind einzelne Geschäftseinheiten mit isolierten Zielvorgaben konfrontiert – ohne Rücksicht auf Verbundvorteile. Die Konzernspitze simuliert die Rolle von

Kapitalmärkten und entscheidet souverän über die Zuweisung von Finanzmitteln an die einzelnen Geschäftseinheiten – und zwar gemäß unternehmensstrategischen Zielen. Die Beschränkung auf ein so genanntes Kerngeschäft ist oft mit dem Auslagern einzelner Betriebseinheiten und mit dem Abwälzen von Kosten auf unbeteiligte Dritte verbunden.

Die politischen Reformprojekte werden isoliert voneinander abgearbeitet. In der Rentenreform spielen die demographische Entwicklung und die Ausgabensenkung das zentrale Argument, ohne zu berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes von der Produktivität und von der Zahl wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze abhängt. In der Familienpolitik stehen entweder die Ehe und Familie als verfassungsfeste Institution, die Befreiung der Frau oder der Kampf gegen die Kinderarmut im Vordergrund. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist vollständig auf arbeitsmarktpolitische Symptomkuren eingeschränkt; konjunkturelle, güterwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Dimensionen sind weithin ausgeblendet. Die USA treiben mit ihrer Art der Anti-Terror-Kriegsführung das unilaterale, militärisch basierte Hegemoniestreben auf die Spitze und denken nicht daran, die politischen Netzwerke der UN oder der OSZE in Anspruch zu nehmen. Vernetztes Handeln findet nicht statt.

Die auf den Finanzmärkten beobachtbaren Funktionsdefizite, nämlich die Flatterhaftigkeit der Kursbewegungen, die subjektiven und kurzfristigen Erwartungen, das Auftreten marktbeherrschender Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds sowie die tendenzielle Abkopplung der monetären Sphäre vom realwirtschaftlichen Kreislauf werden aus der Analyse systematisch ausgeklammert.

Wer sollte etwas gegen die Vernetzung in der Kirche haben? Es gibt sie nicht. Entscheidungen werden erstens an der Spitze gefällt und von oben nach unten durchgesetzt. Regionale Kirchenleitungen grenzen sich vom Kirchenvolk ab und immunisieren die eigenen Entscheidungen mit dem Argument der Papsttreue, dogmatischer Verbindlichkeit oder des Gewissens. Und drittens spitzt sich das gesellschaftliche Engagement der Kirche auf eng eingegrenzte Segmente zu. Die Disziplinierung der Konfliktberatung schwangerer Frauen ist ein markantes Beispiel für die Isolierung engagierter Verbände und die gerissenen Fäden eines Solidaritätsnetzes basiskirchlicher Akteure.

Das Netz – ein praktisch-politisches Projekt

Die Ambivalenz öffentlicher Beschwörung und praktischer Ohnmacht macht deutlich, wie dringlich ein christlich-gesellschaftliches Netz und eine Vernetzung religiös-gesellschaftlicher Akteure

sind. Sie sollten sich jedoch durch folgende Merkmale auszeichnen:

- (1) Das Reden vom Netz und von der Vernetzung sollte nicht zum Alibi dafür werden, dass Entscheidungen formal, undurchsichtig und unberechenbar bleiben, weil Regelkreise und Wechselwirkungen die eindeutige Zuordnung von Handlungszielen, -trägern und -wegen überflüssig machen. Die Akteure, die im Netz verknüpft sind, sollten ein identifizierbares Profil behalten. Deren politische Handlungsziele sollten präzise formuliert und einer Erfolgsprüfung unterzogen werden. Denn als Netzträger sind sie nicht bloße Postboten und Überbringer von Informationen.
- (2) Der schwebende, zirkuläre Informationsfluss des Netzes und der Vernetzung sollte in eine überzeugende Analyse und eine umsetzbare Strategie münden. Das Netz ist ein praktisch-politisches Instrument der Gegenmachtbildung. Wenn staatliche Organe auf die zentrale Durchsetzungsmacht und wenn Wirtschaftseliten auf Einkommen und Vermögen als Lockmittel vertrauen können, sollten zivilgesellschaftliche Akteure das Netz und die Vernetzung als geeignetes Medium nutzen, die Gegenspieler einzufangen und wehrlos zu machen.
- (3) Zur Vorbereitung des Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage war ein ökumenisches Netz aus sehr unterschiedlichen Initiativen, Gruppen, Bewegungen und Verbänden entstanden, das erheblich den Charakter des Kirchenwortes mitbestimmt hat. Daran könnte ein neu belebtes christlich-gesellschaftliches Netz anknüpfen. Von ihm erwarte ich, dass es transkonfessionell wird, dass es die herkömmliche Zentrierung um die Erwerbsarbeit und soziale Sicherung relativiert, andere gesellschaftliche Problemfelder und Akteure aufnimmt und sowohl facettenreicher als auch solidarischer in der gesellschaftlichen und politischen Arena auftritt.

*Professor Dr. Friedhelm Hengsbach SJ,
Hochschule St. Georgen,
Direktor des Nell-Breuning-Instituts, Frankfurt*

: KOMMENTAR II :

„netzwerk gesellschaftsethik“

... ist möglicherweise eine etwas irreführende Kennzeichnung für das Vorhaben des neugegründeten Vereins. Solche etwas irreführenden Bezeichnungen kommen oft daher, dass man nicht genau weiß, was man will, bzw. dass man Vieles will, was vielleicht nicht zusammenpaßt und wofür man trotzdem eine Überschrift braucht. Wir haben uns bei der Gründung von folgenden Überlegungen leiten lassen, bzw. wir konnten uns auf einige wenige Voraussetzungen, Fakten und grundlegende

Gedanken verständigen:

1. **„netzwerk“** stellt sich als Überschrift ein, wenn man keinen Verband, keinen Verein herkömmlicher Art, aber auch keine Aktionsgemeinschaft, keine Bürgerinitiative, keine Arbeitsgruppe usw. gründen will, vieles von dem aber auch als Ergebnis nicht unbedingt ausschließt bzw. all das auch miteinander und einiges davon, wenn es gelingt, miteinander in Verbindung bringen, eben miteinander „vernetzen“ will.
2. **„gesellschaftsethik“** stellt - präziser als der Begriff Sozialethik - die Frage gerechter Strukturen oder gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse in den Mittelpunkt. In Verbindung mit „Netzwerk“ meinen wir nicht „bloß“ die wissenschaftliche Reflexion darüber, sondern immer auch Praxis, eben: Arbeitskreise, Initiativen, Bewegungen, Aktionen, Kampagnen usw. Und: beides zusammen - oder eben „vernetzt“.
3. Wer jetzt „älter“ wird, in absehbarer Zeit in Rente geht oder gerade dort angekommen ist, der hat eine ganz besondere Biografie: als katholischer Kirchenmensch z.B. kennt er noch volle Gotteshäuser, wehende Fahnen am Jugendsonntag (Dreifaltigkeit), den Gründer der CAJ, Latein, volle Klöster und Priesterseminare - und er war (vielleicht) aktiv daran beteiligt, daß es anders geworden ist. Jetzt kommen überall da, wo er organisiert war, Leute in Verantwortung, die anders groß geworden sind und daher notwendigerweise andere Organisationen brauchen und diese auch anders gestalten. Das war zwar irgendwie immer so, aber nie so wie **„nach dem Konzil“**, **„nach 68“**, **„nach 89“**!
4. Wer jetzt älter wird, und aktiv in Kirchen, Parteien und Gewerkschaften war, der kennt noch die „völlig getrennten Welten“: Katholizismus, Protestantismus, Sozialdemokratie, die(!) Gewerkschaften, vor allem kennt er die dahinter und oft genug davor stehenden ideologischen Positionen und im nachhinein - vor allem, wenn er darin sehr aktiv war - weiß er, dass er auch oft (nicht nur) benutzt worden ist, vor allem auch dann, wenn er an „der Schleifung der Bastionen“ aktiv beteiligt war. Viele tragen davon Wunden auf dem Buckel.
5. Wer jetzt älter wird wird das (im Durchschnitt) so lange sein, wie noch nie eine Generation vor ihm und sie/er wird wie noch nie zuvor zu einer (nicht nur zahlenmäßig) dominierenden Schicht der Gesellschaft gehören. Diese Generation wird (im Durchschnitt) auch so gesund und vital und aktiv sein, wie noch nie eine ältere Generation in der Geschichte zuvor. Es wird ihr daher auch schwer fallen, Verantwortung in den gesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen abzugeben und sie weiß trotzdem, daß sie das tun muß, weil die nachwachsende Generation (siehe oben).
6. Diese (ältere) Generation schaut nach vorne (zumindest die, die sich bei uns vernetzen), aber mit all dem auf dem Buckel, was hinter ihnen liegt

und vor allem mit der Erfahrung der aktiven Beteiligung an den Veränderungsprozessen und mit ihren Vorstellungen einer humaneren Zukunft. Dabei ist sie abhängig davon, ob es ihr gelingt, Jüngere (Menschen, Aktionen, Initiativen) mit einzubeziehen, günstigenfalls sich mit ihnen „zu vernetzen“.

7. Damit leisten sie einen unersetzbaren Dienst an der Gesellschaft im Allgemeinen und an Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien im Besonderen - jenseits von Altenbetreuung, Altenpastoral, Altenbeschäftigung usw. Die erfahrungsgesättigte Reflexion z.B. über Familienpolitik, Ende der Industriegesellschaft, weltweite Protestaktionen, Kirchen-, Gewerkschafts- oder Parteienreform ist ein - mehr und anders als je zuvor - notwendiger Beitrag der jetzt älter werdenden Generation zu einem humaneren Zusammenleben.
8. Wenn es uns gelingt, das „netzwerk gesellschaftsethik“ so zu profilieren, wird es nicht nur inhaltlich jung werden und bleiben, sondern zunehmend auch in seiner „Generationenzusammensetzung“, seiner politischen Profilierung usw. - ohne seine Herkunft aus Kirche und Arbeiterschaft zu verleugnen. Dafür wollen wir eine Plattform anbieten, eine „vernetzung“ ermöglichen. Der ige (informationsdienst gesellschaftsethik) ist dafür da und er wird sich dadurch profilieren.

Professor Dr. Heiner Ludwig,

Vorsitzender des Vereins netzwerk gesellschaftsethik



Aus der Redaktion

Vorweg möchte ich allen danken, die den Prozess der Umstellung vom SKI auf ige unterstützt und gefördert

haben: u.a. Frau Meyer/Freiburg, die das neue Layout maßgeblich technisch umgesetzt hat; die Firma Parcon/Parkstetten, die die Software für die Adressenverwaltung erstellt hat und die Druckerei Komplan, die sich auf dieses Projekt eingelassen hat. Die Hans-Böckler-Stiftung des DGB spendete 500 EURO und die Leserinitiative Publik-Forum 1000 EURO als Anschubfinanzierung. Dank den vielen Mitgliedern und Förderern des Vereins netzwerk gesellschaftsethik und vor allem dem Vorsitzenden Professor Heiner Ludwig, der immer ein offenes Ohr für notwendige Besprechungen hat. Der ige soll in Zukunft spätestens zur Mitte des Monats vorliegen, das bedeutet, dass Texte usw. möglichst bis zur Mitte des Vormonats bei der

Redaktion sein sollten – die Ausnahmen sollten bitte aber nicht die Regel sein.

Erscheinungsmomente sind Juni, Juli, September (Doppel-Nr.), Oktober, November, Dezember, Februar (Doppel-Nr.), März, April, Mai.

Der ige wird nun als Postvertriebsstück versandt, einige Abonnenten erhalten ihn als pdf-Datei. Die Homepage wird voraussichtlich ab Herbst fertig sein. *Gerhard L. Endres*

: INTERVIEW :

Wir haben im deutschen Bildungswesen noch Nachholbedarf

Frau Professor Dr. Marianne Heimbach-Steins ist Inhaberin des Lehrstuhls für Christliche Soziallehre und Allgemeine Religionssoziologie an der Universität Bamberg. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, den Begriff der Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Diskussion genauer zu fassen.

Der ige führte mit ihr das Interview.

ige: Frau Heimbach-Steins, Gerechtigkeit ist ein zentraler Begriff der Katholischen Soziallehre. Wie lautet Ihre Definition ?

Heimbach-Steins: Gerechtigkeit ist ein Begriff, der schwer in ein oder zwei Sätzen zu definieren ist. Gerechtigkeit hat mit dem Ausgleich von Interessen und Ansprüchen zu tun, vor allem mit der Zuordnung von Freiheitsansprüchen zueinander. Dann stellt sich natürlich die Frage, nach welchen Maßstäben man diese Zuordnung gestalten will. Hier gibt es unterschiedliche Kriterien: Wenn ich nur auf die Honorierung von Leistung oder nur auf die Wahrung von Besitzständen achte, greift das sicher zu kurz. Denn im Interesse der Gerechtigkeit ist auch zu fragen, wie allen Menschen unabhängig von ihrer Leistung und sozialen Stellung Chancen zu gesellschaftlicher Beteiligung an Aufgaben und Gütern eingeräumt werden können. Eine weitere Frage ist: Wie können auf dieser Basis menschliche Bedürfnisse befriedigt werden? Das sind für eine christliche Sozialethik wesentliche Kriterien, und dann kommen wir sehr schnell dazu, das biblische Kriterium "Option für die Armen" als Gerechtigkeitskriterium einzuführen.

ige: Früher sprach man häufiger von sozialer Gerechtigkeit.

Heimbach-Steins: Das ist nicht nur früher so gewesen,

sondern auch heute noch ist „soziale Gerechtigkeit“ ein wichtiger, kritischer Begriff, der für die Katholische Soziallehre nach wie vor aktuell ist. Er wird allerdings von verschiedenen ideologischen Strömungen in Anspruch genommen, und man muss sehr genau hinsehen, was alles damit gemeint ist. Ursprünglich meinte soziale Gerechtigkeit so etwas wie gesellschaftliche Gerechtigkeit, Gerechtigkeit der Gesellschaft. Auf diese Weise wurde nicht nur auf das gerechte Handeln einzelner Menschen oder Gruppen geachtet, sondern auch darauf, ob die Strukturen und Institutionen einer Gesellschaft stand halten. Wenn wir in dieser Spur weiterdenken, kommen wir wieder zu Bedürfnisgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit. Hier sehe ich schon sehr aktuelle Bezüge in vielen Bereichen der Politik, in der Alterssicherung und der Gesundheitspolitik ebenso wie im Bildungsbereich. Allerdings ist für Menschen unterschiedlicher ideologischer Herkunft der Begriff Gerechtigkeit keineswegs eindeutig.

ige: Bei der Diagnose Chancenungleichheit muss jemand da sein, der dafür sorgen sollte, die Gerechtigkeit zumindest annähernd zu erreichen. Welche Rolle spielt hier für Sie der Staat ?

Heimbach-Steins: Für mich kommt dem Staat in der Beförderung von Gerechtigkeitsanliegen nach wie vor eine wichtige Rolle zu. Der Staat als der organisierenden Instanz für den Ausgleich von konkurrierenden Ansprüchen ist nicht ohne weiteres ersetzbar. Allerdings muss nicht alles vom Staat ausgehen. Es gibt ja außer dem Staat noch andere Akteure, die sich für Gerechtigkeitsansprüche in der Gesellschaft engagieren und eine entsprechende Verantwortung tragen, z.B. die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. Letztlich haben alle Menschen einer Gesellschaft etwas mit dem Gerechtigkeitsanspruch zu tun. Aber die gerechte Verteilung von Gütern, der Zugang zu immateriellen wie materiellen Gütern für alle kann sicher nicht ohne eine entscheidende Mitwirkung des Staates geleistet werden.

ige: Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung müsste für Sie eine inhaltliche Unterstützung Ihrer Arbeit sein.

Heimbach-Steins: Ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag, um die bestehenden, erheblichen Unterschiede auch in Deutschland darzustellen und bewusst zu machen. So haben wir eine transparente Informationsbasis.

ige: Ist der Armut- und Reichtumsbericht schon bei den Sozialethikern angekommen ?

Heimbach-Steins: Gewiss sind die Informationen, die der Bericht bietet, "angekommen". Gleichwohl gibt es unterschiedliche Positionen in deren Auslegung. Aber ich denke schon, dass die Sozialethik als Wissenschaft diese Ergebnisse ernst nimmt und in ihre Arbeit einbezieht.

ige: Ein wichtiger Begriff ist aus Ihrer Sicht die

Beteiligungsgerechtigkeit. Der ist in der Zuspitzung neu.

Heimbach-Steins: Wir haben bis jetzt von Verteilung gesprochen als einem zentralen Gerechtigkeitsanliegen. Die Beteiligungsgerechtigkeit ist hier eine wichtige Ergänzung. Es geht nicht nur darum, dass der Staat für eine gerechte Verteilung der Güter sorgt. Mindestens genauso wichtig ist es, dass alle Mitglieder einer nationalen Gesellschaft oder der Weltgesellschaft überhaupt erst einmal Zugang zu den lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, zu Arbeit, Gesundheitsvorsorge, Bildung und politischer Mitwirkung haben. Der Begriff Beteiligungsgerechtigkeit zielt vor allem darauf, Möglichkeiten zu realisieren, dass Menschen in Freiheit Verantwortung für ein eigenes und selbstverantwortliches Leben und für die Mitgestaltung der Gesellschaft übernehmen. Es gibt aber immer Menschen, die ausgeschlossen sind, und es besteht eine große Differenz zwischen denen, die an ökonomischen Verteilungs- und politischen Mitwirkungsprozessen beteiligt sind, und denen, die davon betroffen sind. Möglichst sollten alle Betroffenen auch zu Beteiligten werden, das ist der Grundgedanke. Es geht um die Voraussetzungen für eine verantwortliche Gesellschaft. Ich denke auch an die Länder der Dritten Welt, wo sich vieles noch viel krasser darstellt als in unseren Breiten. Hier wird der Maßstab "Beteiligungsgerechtigkeit" wichtig, wenn es darum geht, für alle Menschen Räume zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu erschließen. Für mich bezieht sich dieser Begriff auch ganz entscheidend auf das Bildungswesen. Hier sind wir an einem Punkt, wo wirklich Vieles dringender anders werden muss.

ige: Was heißt das ?

Heimbach-Steins: Vieles ist schwach belichtet, was stärker belichtet werden müsste. Ich sehe eine wichtige Aufgabe im sozialen Lernen, im gemeinschaftlichen und entdeckenden Lernen. Kinder und Jugendliche sollten ihre Fähigkeiten entdecken können und so selbständig werden. Hier haben wir im deutschen Bildungswesen Nachholbedarf. Immer mehr Wissen einzupauken hilft nicht weiter. Man muss darüber nachdenken, welche gesellschaftlichen Ziele wir erreichen wollen. Ich meine, dass alle Mitglieder die Gesellschaft verantwortlich mit gestalten sollten. Dazu müssen Menschen befähigt werden, indem sie u.a. eine starke Identität entwickeln, Selbständigkeit und Verantwortungsbewusstsein lernen, soziale Kompetenz gewinnen. Darin liegt eine umfassende Herausforderung für alle Institutionen und Personen, die in Bildungsprozessen engagiert sind

ige: Derzeit sind wieder Betriebsratswahlen. Welchen Stellenwert hat für Sie ein Betriebsrat im Rahmen des Konzepts der Beteiligungsgerechtigkeit ?

Heimbach-Steins: Für jeden Betrieb ist die Eingebundenheit der Arbeitnehmer wichtig. Die gerechte

und beteiligungsorientierte Gestaltung von betrieblichen Prozessen ist daher notwendig. Grundsätzlich hat die kirchliche Sozialverkündigung ein positives Verhältnis zu Arbeitnehmervertretung und Gewerkschaft. Ich sehe allerdings Verständigungsbedarf im Hinblick auf die gesamte gesellschaftliche Lage und ich glaube, dass da die Kirchen eine kritische Rolle zu spielen haben: Die Frage, wen die Gewerkschaften vertreten und wie es um die Lobbyarbeit für diejenigen steht, die keine Arbeit haben, ist m.E. nicht befriedigend beantwortet. Da glaube ich, ist mancher Streit zwischen der Sozialethik auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite zu führen.

ige: Wo wird der geführt ?

Heimbach-Steins: Der wird zur Zeit zu wenig geführt. Ich denke, das Sozialwort von 1997 und der vorausgegangene Konsultationsprozess haben gute Ansätze geboten. Ich habe aber den Eindruck, dass wir uns derzeit in einer Flaute befinden. Ich hoffe, dass die nicht anhält.

ige: Beschäftigt sich die Kirche zu stark mit sich selbst?

Heimbach-Steins: Das kommt darauf an, was wir unter "Kirche" verstehen. Es kann schon sein, dass kirchliche Prozesse zur Zeit sehr stark nach innen, auf Reformen des Apparats u.ä., ausgerichtet sind. Aber es gibt doch auch sehr viel soziales, ökologisches, entwicklungspolitisches Engagement u.ä. Ich hoffe, dass die großen Herausforderungen bei uns und weltweit nicht in der berechtigten Sorge um die Zukunftsgestalt der Kirche in unserem Land "untergehen". Unbestreitbar ist viel Engagement da, aber unbestreitbar ist nach der Rezeption des Sozialworts auch eine gewisse Ermüdung eingetreten. Wir tun uns derzeit ein wenig schwer, wieder Dynamik zu entfachen. Aber angesichts der großen sozialen und kulturellen Probleme und angesichts der Gefährdungen des Friedens kann ich mir nicht vorstellen, dass das so bleibt.



: DOKUMENTATION I :

**Christoph Böhr, MdL,
Vorsitzender der
Wertekommission der CDU
Deutschland:**

Freiheit und Verantwortung – Grundlagen einer menschengerechten und leistungsfähigen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ein Höchstmaß an Wohlstand schafft, muß ein ökonomisches und soziales Verhalten von Menschen möglich machen und herausfordern, das die jeweilige individuelle Leistungsfähigkeit nutzbringend einsetzt, sowie individuelle und kollektive Interessen der Menschen soweit wie möglich zur Deckung bringt. Eine solche Politik muß von einem realistischen Menschenbild ausgehen, Bedürfnisse, Eigenschaften und Verhaltensweisen der Menschen nach überprüfbaren Erfahrungen richtig einschätzen und daraus die logischen ordnungspolitischen Folgerungen ziehen. Nur dann wird sich eine Ordnung des Wohlstandes für alle erreichen lassen. Diese Ausgangsthese trifft eine normative und eine empirische Aussage zugleich. Die Norm zielt auf ein Höchstmaß an für jedermann erreichbaren Wohlstand. Gemeint ist das gleiche Recht aller Menschen auf Zugang zu den Gütern dieser Welt und auf Verwirklichung ihrer individuellen Lebensentwürfe. Die Frage ist, welches Menschenbild diese Norm mit dem unabdingbaren Realismus, mit der empirisch erfahrbaren Wirklichkeit schlüssig zusammenbringt.

Die CDU Deutschland beantwortet diese Frage mit der Entscheidung für das christliche Menschenbild, das den Menschen zu Freiheit und Verantwortung beruft. Der Mensch hat eine einzigartige Stellung in der Welt. Seine Freiheit hebt ihn von der bloßen Natur ab. Im christlichen Glauben ist der Mensch Geschöpf und Ebenbild Gottes. Zugleich ist er beauftragt, Gottes gute Absichten, die er mit seiner Schöpfung hat, zu unterstützen und wirklich werden zu lassen. Die Freiheit ist deshalb nicht etwas, was dem Menschen nur „unter anderem“ oder „in der Folge“ zukommt, sondern sie steht am

Anfang. Alle ethischen und politischen Überlegungen müssen die Freiheit der Menschen zum Ausgangspunkt nehmen. Die Freiheit ist nie ohne Verantwortung zu denken. Verantwortung hat zwei Adressaten: als einzelner ist der Mensch immer vor Gott verantwortlich. Gleichzeitig ist ihm die Verantwortung für seine Mitmenschen und die gesamte Schöpfung übertragen. Die Freiheit steht am Anfang; ohne sie ist die Verantwortung gar nicht denkbar.

Freiheit schließt zwangsläufig Fehlbarkeit ein. Weil sie frei sind, können Menschen irren und schuldig werden. Das christliche Menschenbild versteht dies als Teil einer natürlichen Ordnung, in der Gott vollkommen und der Mensch unvollkommen ist. Das befähigt den Menschen sich selbst gegenüber zur Gelassenheit, die aber nicht in Selbstgenügsamkeit oder gar Teilnahmslosigkeit verfällt. Der Christ prüft sich einerseits ständig an einem höheren, ihn übersteigenden Maßstab. Andererseits weiß er, dass die Ergebnisse seines Handelns zumeist hinter diesem Maßstab zurückbleiben. Das christliche Bild vom Menschen schützt vor Überbeanspruchung, ist aber dennoch unüberbietbar anspruchsvoll.

Auf diese Weise begründet und verlangt das christliche Menschenbild das unabänderlich vorgegebene Ziel einer erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, allen ohne Unterschied der Person die gleiche Chance zur Teilhabe an den Gütern dieser Welt zu eröffnen, der freien Entfaltung der Ideen und Tätigkeiten den Vorrang zu geben sowie schließlich Stärken und Schwächen, Erfolg und Scheitern der Menschen als Fluchtpunkt jeder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugrunde zu legen.

Das christliche Menschenbild als Grundlage der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muß ordnungspolitisch umgesetzt werden. Das dafür angemessene Gestaltungsprinzip ist der Grundsatz der Subsidiarität. Sie legt die Verantwortung des freien Menschen für sich selbst und für die anderen fest. Die übergeordnete Gemeinschaft tritt subsidiär erst dann für ihn ein, wenn er mit seinen eigenen Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten offenkundig überfordert ist. Die Kernfrage vernünftiger Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lautet deshalb nicht: „Wieviel Freiheit ist noch möglich?“, sondern: „Wieviel Regelungen sind wirklich nötig?“ Die Solidarität ist Pendant der Subsidiarität, denn derjenige, der sich nicht selbst zu helfen weiss, hat Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Aus dem Gestaltungsprinzip der Subsidiarität folgt das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Diese geht davon aus, dass eine optimale Güterversorgung nur durch die Freiheit der Wirtschaftssubjekte und deren Vorteilserwartungen zu erzielen ist. Alle sind aufgrund ihrer unterschiedlichen

Fertigkeiten verpflichtet und in der Lage, einen Beitrag zur bestmöglichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu erbringen. Zugleich ist es Aufgabe des politischen Handelns, alle zu befähigen, sich am Wirtschaftsprozess zu beteiligen und Eigenverantwortung wie auch Verantwortung für andere zu tragen. Der Staat muß Anreize schaffen, in denen sich Eigenverantwortung und Gemeinsinn zugleich entfalten können, in denen sich individuelles Interesse und soziale Kompetenz verbinden lassen. Diese Anreize müssen den Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen und bedürfen deshalb einer ständigen Überprüfung und Anpassung. Soziale Marktwirtschaft beruht auf verlässlichen Grundsätzen einerseits, sowie dynamischen, anpassungsfähigen Regeln und Institutionen andererseits.

In unserer Zeit muß die soziale Marktwirtschaft mit schöpferischer Ordnungspolitik mehrere Herausforderungen zugleich bestehen: die Entwicklung zur „Wissengesellschaft“, die Folgen der Globalisierung, die demographische Entwicklung sowie den Schutz und die Förderung der Familie.

Die entwickelten Industrienationen können ihren erreichten ökonomischen Status nur durch die Herstellung hochwertiger, innovativer und forschungsintensiver Produkte aufrecht erhalten. Damit wird der Zugang zum Wissen mehr denn je der Schlüssel für persönlichen Wohlstand. Die Chancen in Beruf und Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung sind als öffentliche, staatliche Aufgabe zu betrachten, weil sie Grundlage für eine menschengerechte, verantwortbare und zugleich erfolgreiche Gesellschaftsordnung sind.

Wenn in einer Wissensgesellschaft persönliche Leistung, schöpferisches Denken und gelebte Selbstständigkeit im Arbeitsleben immer entscheidender werden, dann entsteht eine neue Kultur der Eigenständigkeit, mit großen Chancen auch für den Mittelstand. Unter solchen Bedingungen wird es aber auch immer dringender, umfassende Formen der Beteiligung der Arbeitnehmer zu entwickeln. Sozialpartnerschaft kann dann aus der Sicht eines Arbeitnehmers, der zugleich an der Wohlstandsentwicklung Anteil hat und die Risiken wirtschaftlicher Freiheit mitträgt, neu definiert werden.

Besondere Sorge hat denen zu gelten, die aufgrund ihrer Leistungsgrenzen an dieser Wissensgesellschaft nur mit Mühe oder gar nicht teil haben können, für Menschen ohne Schulabschluss und mit geringeren Qualifikationen. Subsidiarität und Solidarität gebieten es, diesen Menschen die Chance zu eröffnen, im Rahmen ihrer Begabungen mitzuwirken. Dazu müssen die tarifrechtlichen, sozialversicherungsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, etwa im Bereich zahlreicher Dienstleistungen.

Die dramatischen demographischen Veränderungen

führen die beitrags- und umlagefinanzierten Sozialversicherungen an ihre Grenzen. Es ist aber auch fraglich, ob der Sozialstaat in seiner gegenwärtigen Verfassung dem Maßstab von Freiheit und Selbstverantwortung der Menschen noch ausreichend gerecht wird. Als in den fünfziger Jahren das bestehende Rentenversicherungssystem errichtet wurde, waren die Lebenserwartung und die Ausbildungszeiten kürzer, das durchschnittliche Ruhestandsalter und die Mehrkinderfamilien zahlreicher. Heute ist die Lebenserwartung deutlich höher, die Zahl der Geburten ebenso deutlich geringer, dafür aber das Renteneintrittsalter niedriger. Der „Frührentner“ ist fast schon der Normalfall, obwohl nachweislich mit steigender Lebenserwartung auch im Durchschnitt der Bevölkerung die Leistungsfähigkeit der Menschen länger anhält. Für dieses Mißverhältnis tragen nicht nur „klevtere“ Frührentner die Verantwortung, sondern in mindestens gleichem Maße die Unternehmen der Wirtschaft, die auf Kosten der Sozialversicherung ihre Personalwirtschaft betreiben, sowie der Staat, der zumindest zeitweise dazu ermuntert hat. Mit Subsidiarität und Solidarität hat das nichts mehr zu tun. Es ist deshalb ökonomisch zwingend und ethisch geboten, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, allerdings im Rahmen vernünftiger Regeln, die der persönlichen Leistungsfähigkeit im Alter entsprechen.

Mehr Anreize zur Selbstverantwortung muß auch der Maßstab für die Neuordnung des Gesundheitswesens sein. Hier verbinden sich die Probleme aus dem sich verändernden Altersaufbau der Gesellschaft mit den Kosten des medizinischen Fortschritts und den Kostenstrukturen, die von der straffen Reglementierung verursacht sind. Gerade hier kommt es darauf an, nicht einfach nur den Verzicht auf Leistungen zu verordnen, sondern auf der einen Seite Sicherheit für (lebens-)notwendige medizinische Versorgung zu geben, auf der anderen Seite sparsamen, sorgfältigen Umgang mit Arzneimitteln und ärztlicher Behandlung zu belohnen. Die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Behandlungskosten ist ein geeignetes Instrument. Dafür muß aber der Versicherte mehr Möglichkeiten haben, die Kosten der Behandlung zu kontrollieren und zu beeinflussen, als nur die bloße Entscheidung, den Arzt aufzusuchen oder nicht. Er braucht z.B. auch Wahlmöglichkeiten für die Versicherung und den Umfang des Versicherungsschutzes und einen wirklichen Markt für Arzneimittel. So kann z.B. ein Bonussystem dazu anreizen, nachzurechnen, ob eine Leistung besser von der Versicherten-gemeinschaft oder persönlich gezahlt wird.

Die globale Vernetzung der Wirtschaft erweitert den Wettbewerb mit verschiedenen Folgen, einem breiteren Warenangebot zu tendenziell günstigeren Preisen, aber auch verstärktem Druck auf die Produktionskosten und auf die Qualität von

Forschung und Entwicklung Das kann nicht ohne Folgen für die Tarifpolitik und für die Lohnzusatzkosten, etwa die Sozialversicherungsbeiträge bleiben. Die angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg kann sich deshalb immer weniger auf Arbeitslohn und Lohnzusatzleistungen konzentrieren. Vielmehr ist es nun an der Zeit, eine direkte Beteiligung am Unternehmensgewinn auf- und auszubauen. Dem gegebenenfalls notwendigen Verzicht auf der einen Seite muß der Anteil am Erfolg dieses Verzichts gegenüberstehen. Mitverantwortung muß Miterfolg sein.

Die vielleicht größte sozialpolitische Herausforderung ist aber der Schutz von Ehe und Familie unter den Bedingungen unserer Zeit. Ehe und Familie sind nicht mehr ungefragt der Normalfall der Lebensform. Sie werden zunehmend zu einer wählbaren Alternative. Ehe und Familie als verlässliche Lebensform befinden sich in einer immer schwierigeren Konkurrenz zu den Leistungsanforderungen der Wirtschaft einerseits und zu einer übersteigerten Erlebnisorientierung andererseits. Im öffentlichen Meinungsklima wurden immer mehr der beruflichen Erfolg und ein aufwendiger Lebensstil zum Maßstab sozialer Anerkennung. Die Folgen schlagen sich in nüchternen Zahlen nieder: Ehen werden immer später geschlossen, scheitern immer häufiger und dem Wunsch nach Kindern stehen offenbar immer unüberwindbarere Hindernisse entgegen.

Freiheit und Verantwortung verwirklichen sich in der freiwilligen, auf unbeschränkte Dauer geschlossenen Bindung an den Partner und die Entscheidung für die unkündbare Beziehung zu einem Kind in der ursprünglichsten Form. Solche Bindungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft, die sich nur aus den Lebensbezügen der Familie entwickeln kann, ist zugleich Bestandsbedingung eines demokratischen Rechtsstaates, der nicht auf Zwang und Gewalt beruht, sondern auf der freiwilligen Zustimmung seiner Bürger und ihrer ungeteilten Bereitschaft, Verantwortung für die Gemeinschaft zu tragen. Deshalb entsprechen Ehe und Familie zugleich elementaren Bedürfnissen der menschlichen Person wie auch den sozialen Zielen der gesellschaftlichen Ordnung. Der Wunsch und die bewußte Entscheidung für Nachkommen sind zunächst fundamentale Äußerung von persönlicher Freiheit und Verantwortung. Sie entsprechen aber auch dem Interesse einer auf Dauer erfolgreichen Wirtschaft. Unsere Gesellschaft ist in umfassender Weise auf die Leistungen der Familie angewiesen - von der Kindererziehung, die eben nicht einfach vollständig auf öffentliche Einrichtungen übertragbar ist, über die verlässliche gegenseitige Hilfe in Krisenlagen bis zur Pflege bei Krankheit. Ehe und Familie sind institutionelle Grundpfeiler des menschlichen Zusammenlebens ebenso wie Knotenpunkte des subsidiären Netzes der Gesellschaft.

Deshalb muß der besondere rechtliche Schutz von Ehe und Familie bestehen bleiben. Er darf nicht dadurch ausgehöhlt werden, dass beliebige andere Lebensformen unterschiedslos rechtlich der Ehe und der Familie gleichgestellt werden.

Die Leistungen der Familie für die Gemeinschaft erfordern angemessene ideelle und materielle Anerkennung. So dürfen zum Beispiel keine Nachteile für die Altersversorgung von Eltern entstehen, die um der Leistungen in und für die Familie willen zeitweise oder ganz auf Berufstätigkeit verzichten, wo doch gerade sie dafür sorgen, dass Altersbezüge durch jüngere Menschen finanziert werden können. Arbeitsrecht und öffentliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen müssen so gestaltet werden, dass Verantwortung für die Familie und Berufstätigkeit gleichförmig oder in zeitlicher Abfolge zu verbinden sind. Dabei müssen Alternativen für die jeweils individuellen Lebensentwürfe offen sein. So ist es falsch, ausschließlich die Gleichzeitigkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung durch vollständige öffentliche Kinderbetreuung zu fördern, ohne alternativ zeitweilige oder langfristige Vorrangigkeit der Familie auch materiell möglich zu machen - zum Beispiel durch eine Hinterbliebenenrente, die diesen Namen verdient. Denn eine auf dem christlichen Menschenbild gegründete Gesellschaftspolitik instrumentalisiert Ehe und Familie nicht einfach für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungspolitik, sondern sie orientiert sich zu allererst an den personalen Bedürfnissen der Menschen. Wer sich für ein Leben in Ehe und Familie entschieden hat, soll Rahmenbedingungen vorfinden, die diese Wahl erleichtern und belohnen.

In der kommunistischen DDR Erich Honeckers galt der Leitsatz von der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Es war der Versuch, die Herrschaft der SED angesichts des Wohlstandes in der Bundesrepublik Deutschland dadurch zu befestigen, dass in einem für die Wirtschaft der DDR gewaltigen Ausmaß soziale Leistungen von der umfassenden staatlichen Kinderbetreuung über das Gesundheitswesen bis zum Wohnungsbau bereitgestellt wurden. Das Experiment endete in einem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der vollständigen Aufzehrung des Kapitalstocks einer ganzen Volkswirtschaft und gigantischen Schäden der Umwelt. Denn die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik kann sich nur einstellen, wenn Freiheit und Verantwortung herrschen. Das wiedervereinigte Deutschland steht nun keinesfalls vor einem vergleichbaren Desaster. Aber der Schlüssel für die unübersehbaren Probleme seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik ist mehr Freiheit und Verantwortung überall dort, wo sie in Vergessenheit geraten sind.

: DOKUMENTATION II:

Katholiken und ATTAC - gemeinsam für die wirksame Kontrolle der Finanzmärkte

Mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten reicht keineswegs aus, um eine neue und gerechte Finanzarchitektur zu schaffen. Notwendig sind vielmehr politische Maßnahmen, die die Spekulation dauerhaft und wirksam unterbinden. So lautet das Fazit einer gemeinsam von der **Frankfurter Sozialschule, der PAX-Christi, Bistumsstelle Limburg, dem Referat Weltkirche im Bischöflichen Ordinariat Limburg sowie ATTAC Rhein — Main** getragenen Veranstaltung vom 19. — 21. April im Wilhelm — Kempf — Haus, Wiesbaden — Naurod. Unter dem Titel „Regiert Geld die Welt? Krisen und Akteure im Weltfinanzsystem“ diskutierten Interessierte aus kirchlichen Verbänden, Dritte — Welt — Gruppen und sozialen Bewegungen über die historische Entwicklung des Weltfinanzsystems, dessen Krisen und Mechanismen, sowie Elemente einer neuen Finanzarchitektur. **Wolfgang Kessler, Publik — Forum**, hatte die Veranstaltung mit einer Analyse des Weltwährungssystems von Bretton Woods und seines Zusammenbruchs zu Beginn der 70er Jahre eröffnet, in dem er einen zentralen Faktor für die Verschuldungssituation in Ländern der sog. Dritten Welt sah. **Peter Waldow, WEED**, wies in seinen Ausführungen über die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte darauf hin, dass die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer Zunahme der Krisen (Asien, Lateinamerika, Russland) geführt habe, die vor allem die Armen trifft und zu politischer Instabilität führt. **Peter Wahl, WEED**, unterzog die Debatte um die neue Finanzarchitektur einer kritischen Beurteilung und machte darauf aufmerksam, dass zu einer wirksamen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte neben einer Devisenumsatzsteuer (Tobin — Steuer), eine Abschaffung von Steueroasen sowie Kapitalverkehrskontrollen notwendig seien. Eine weitere Tagung mit dem Titel „Für eine demokratische Kontrolle der Weltfinanzmärkte“ gleicher Trägerschaft findet in der Zeit vom 27. — 29. September in Wiesbaden — Naurod statt. **Heribert Zingel**

Nähere Informationen dazu: *Frankfurter Sozialschule, Wilhelm — Kempf — Haus 1, 65207 Wiesbaden — Naurod, Tel: 06127 — 77290, Fax: 07127/ 77297; E-Mail: info@frankfurter-sozialschule.de.*

: DOKUMENTATION III :

Forum Sozialethik 2002: Wissensgesellschaft. Herausforderungen für die Christliche Sozialethik

Wissensgesellschaft — das neue Leitbild für das 21. Jahrhundert? Der Begriff der Wissensgesellschaft hat in den vergangenen Jahren wissenschaftlich wie politisch einen ungeheuren Aufschwung erlebt. Das diesjährige Forum Sozialethik beschäftigt sich mit den damit verbundenen sozialethischen Herausforderungen. Die Tagung junger Sozialethikerinnen und Sozialethiker findet vom 02. bis 04. September 2002 in der Dortmunder Kommende statt, dem Sozialinstitut der Erzdiözese Paderborn. Geleitet wird die Veranstaltung in diesem Jahr von einem Vorbereitungsteam aus Bamberg.

Wissen ist — so eine These - die Fähigkeit zum sozialen Handeln und damit mehr als Information. In der Dienstleistungsgesellschaft wird Wissen zum unmittelbaren Produktionsfaktor. Die Transaktionskosten für die globale Verbreitung digitaler Informationen sinken. Wissen durchdringt alle Lebensbereiche. Soziale Akteure sind dem Zwang zu permanenter Informationsselektion ausgesetzt. Die biographische Investition in Bildungsabschlüsse und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen sind die individuellen Voraussetzungen für eine Teilnahme am Fortschritt der Wissensgesellschaft.

Die Debatte um die Wissensgesellschaft ist bereits vierzig Jahre alt. Das Vordringen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien hat die Debatte darüber aber in zunehmendem Maße verstärkt. Das Konzept der Wissensgesellschaft ist allerdings in seinem Gehalt umstritten.

Auf der einen Seite wird dem Übergang zur Wissensgesellschaft ein großes emanzipatorisches und demokratisches Potenzial zugeschrieben. Liberale Positionen hoffen in wissensbasierten Gesellschaften auf bessere Voraussetzungen für effektive politische Partizipation und gesellschaftliche Transparenz. Damit wird der Begriff der Wissensgesellschaft zur Vision einer nachindustriellen und enthierarchisierten Gesellschaft, welche die sozialen Verwerfungen des Industriezeitalters hinter sich gelassen hat.

Auf der anderen Seite wird vor der neuen Zerbrechlichkeit einer wissensorientierten Gesellschaft und deren Ambivalenzen gewarnt: Die Zunahme an Handlungsoptionen berge die Gefahr sozialer Unsicherheit. Politik wird immer stärker abhängig von professionellen Beratern und Exper-

ten. Die allgemeine Ausweitung von Wissen sei schwer zu kontrollieren. Dem Einzelnen werden erweiterte Kompetenzprofile („soft skills“, Mobilität, Flexibilität, permanente Lernbereitschaft ...) und in erhöhtem Maße die Fähigkeit zur Bewältigung von Risiken und Unsicherheiten abverlangt, um am Fortschreiten der Wissensgesellschaft teilzuhaben. Dies bedingt neue soziale Polarisierungen und Verteilungskonflikte und beschwört neue Macht- und Abhängigkeitsstrukturen herauf. Insgesamt bleibt nach Ansicht der Kritiker unklar, welche Gesellschaftsformationen vom neuen Paradigma der Wissensgesellschaft abgelöst werden sollen; die Konturen der Wissensgesellschaft bleiben verschwommen und unbestimmt.

Die Diskussion um den Übergang zur spätmodernen Wissensgesellschaft, wie sie gegenwärtig in den Sozialwissenschaften, aber auch in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft geführt wird, ist von der theologischen Sozialethik bisher nicht auf breiter Linie rezipiert worden.

Das kommende *Forum Sozialethik* will die aktuelle Debatte um die Wissensgesellschaft als Lernimpuls an die Adresse der eigenen Disziplin aufgreifen und nach der sozialetischen Relevanz wissenschaftlicher Theorieansätze, Konzepte und Erklärungsmodelle fragen. Gleichzeitig soll ein Beitrag geleistet werden, die aktuelle Debatte um die Wissensgesellschaft aus theologisch-ethischer Perspektive kritisch-stimulativ zu begleiten.

Vier Themenkreise werden die Tagung bestimmen: In einem ersten Zugang soll gefragt werden, was der wissenschaftsgesellschaftliche Diskurs für das Selbstverständnis der Christlichen Sozialethik bedeutet und welche Chancen sozialetische Einwürfe in der aktuellen Debatte haben. Diskussionen über den analytischen Gehalt des Konzepts der Wissensgesellschaft schließen sich am zweiten Tag des Forums an.

Ein ausführlicher Tagungsblock ist den wirtschaftsethischen Fragen gewidmet, die mit der Debatte um die Wissensgesellschaft verbunden sind; Stichworte, die hier zur Sprache kommen werden, sind beispielsweise der Strukturwandel der Erwerbsarbeit oder die Rolle der „New Economy“. Zum Abschluss des Forums soll gefragt werden, wie in der kirchlichen Praxis, der Entwicklungsarbeit und der Politik mit dem Übergang zur Wissensgesellschaft umgegangen wird.

Wie in den Jahren zuvor, ist am ersten Abend der Tagung Gelegenheit, aktuelle sozialetische Forschungsprojekte vorzustellen und darüber ins Gespräch zu kommen. Das *Forum Sozialethik* versteht sich gleichzeitig als Begegnungsraum zwischen sozialetischer Forschung und Praxis. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind zwei Praxisgespräche mit einem Kirchenvertreter und einer Bundestagsabgeordneten vorgesehen.

Das *Forum Sozialethik* ist eine Initiative junger

Sozialethikerinnen und Sozialethiker. Das Forum dient dem Austausch von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen (Promotion, Habilitation, Privatdozentinnen und Privatdozenten) sowie fortgeschrittenen Studierenden des Faches Sozialethik im deutschsprachigen Raum. Die Veranstaltung versteht sich ausdrücklich als Tagung mit Werkstattcharakter, in der neue sozialetische Ansätze vorgestellt, diskutiert und gemeinsam weiterentwickelt werden können. Interessierte aus benachbarten Disziplinen sind ausdrücklich willkommen.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.uni-bamberg.de/ktheo/csl/forum.htm>.

Axel Bernd Kunze und Alexander Filipovic (Bamberg)

Vorbereitungsteam und Tagungsleitung:

Alexander Filipovic M. A., Theologe und Kommunikationswissenschaftler, arbeitet am Lehrstuhl für Christliche Soziallehre und Allgemeine Religionssoziologie der Universität Bamberg, promoviert in Medienethik bei Frau Prof. Dr. Heimbach-Steins.

Axel Bernd Kunze, Diplomtheologe und Diplompädagoge, tätig in der Bildungsarbeit, promoviert in Politikethik bei Frau Prof. Dr. Heimbach-Steins.

Kontakt:

Forum Sozialethik 2002 Vorbereitungsteam c/o Axel Bernd Kunze, Ferdinand-Tietz-Straße 71 D-96052 Bamberg, Tel. (0 9 51) 4 53 18 E-Mail: Kunze-Bamberg@t-online.de

Korrektur:

Für den Beitrag über Maxime gibt es zwei Korrekturen:

Die Internet-Adresse von Hans Ludwig lautet:

<http://home.t-online.de/home/halume/probe/index.htm>

In der Kurzfassung des Gutachtens muß der letzte Satz in Abschnitt „Beschäftigungs- und Wachstumseffekte“ (Seite 10) lauten: „Die Inflationsrate liegt innerhalb des von der Europäischen Zentralbank gesetzten Norm von maximal 2 %, so daß die Notwendigkeit von Zinserhöhungen n i c h t diskutiert werden muß“.



**: NAMEN SIND
NACHRICHTEN:**

HEINRICH MUSSINGHOFF,

Bischof und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, plädiert für eine intensivere inhaltliche Debatte des Bildungsbegriffs. Aktuelle Diskussionen über Bildungsreformen seien einem Nützlichkeitsdenken unterworfen und an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet, sagte der Aachener Bischof. Angesichts dieser Tendenzen gerieten geisteswissenschaftliche und kulturelle Schulfächer sowie der Religionsunterricht zunehmend unter Legitimationsdruck, bedauerte der Bischof. Aufgabe der Kirchen und der Religionslehrer sei es, gegen den Hang zum Verwertungswissen Orientierungswissen und Werte zu vermitteln. Das würde junge Menschen zum „aufrechten Gang“ befähigen.

Joseph Ratzinger, Kardinal und Präfekt der Römischen Glaubenskongregation,

hat einen Neubeginn des Christentums in Deutschland gefordert. Die Kirche im Westen sei „in einer objektiven Krisensituation“. Für Ratzinger hätten die atheistische Erziehung in der DDR und die „Dominanz des Wohlstandslebens“ im Westen die Entfernung vom Christlichen beschleunigt. Ratzinger kritisierte, der Westen lebe im Selbstzweifel und sehe die Geschichte des Christentums negativ. Dadurch verliere der Westen seine Identität.

CHRISTA STEWENS, BAYERISCHE FAMILIENMINISTERIN,

hat die Wirtschaft aufgefordert, bei Personalentscheidungen stärker die Fähigkeiten aus der Familienarbeit zu berücksichtigen. Besonders Frauen hätten durch ihre Erfahrungen im Haushalt und mit Kindern viele „Kompetenzgen“ erwerben, die auch für Arbeitgeber attraktiv seien, sagte Stewens. Dazu gehöre beispielsweise eine besondere Belastbarkeit und Flexibilität im Alltag. Stewens betonte, es müsse der „Vergangenheit angehören“, dass Arbeitnehmer, die sich verstärkt um ihre Familien kümmern, gering geschätzt würden. Es sei volkswirtschaftlich eine „Ressourcenverschwendung“, die hohe Qualifikation von Frauen nicht zu nutzen, während gleichzeitig nach Facharbeitern gesucht werde.

ALOIS GLÜCK, VORSITZENDER DER CSU-LANDTAGSFRAKTION, betonte kürzlich, dass seine Partei kein „verlängerter Arm der katholischen Kirche“ sei. Seine Partei sei allerdings der „verlässlichste Partner“ der Kirchen in der Politik. Das bedeute allerdings nicht, dass die CSU einen „Alleinvertretungsanspruch für politisch interessierte Katholiken erhebt.“ Auch auf christlicher Grundlage könne man „politisch anderer Meinung sein als die CSU“, so Glück.

**: ZAHLEN – FAK-
TEN – TRENDS :**

ZdK WARNT VOR „REFORMGETROMMEL“ BEI ARBEITSVERMITTLUNG

Vor „Reformgetrommel“ in der Arbeitsverwaltung hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewarnt. Zwar würden jetzt mehr Finanzmittel aufgewendet, aber große Gruppen blieben ausgeschlossen, sagte die stellvertretende Präsidentin Renate Müller in Bonn. Sie forderte mehr Anstrengungen zur Verringerung der Zahl der Langzeitarbeitslosen.

IMMER MEHR VÄTER VERWEIGERN ALIMENTE

Nach Angaben des Deutschen Städtetages nimmt die Zahl der Väter zu, die sich um ihre Alimentenzahlung drücken. Problemgruppen stellten ausländische Väter dar, die sich „unsichtbar“ machen und in ihrem Heimatland für die deutschen Behörden nicht erreichbar sind. Viele Väter würden sich „arm“ rechnen. Vor allem bei Selbständigen, die durch geschickte Buchführung und Steuertricks offiziell kaum Einkünfte hätten, könnten die Behörden ihre Einkünfte nur schwer eintreiben. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums muss der Staat gegenwärtig für rund 450.000 Kinder Unterhaltsvorschuss gewähren. Die Kosten für Bund und Länder: 870 Millionen Euro.

ETHIKSCHUTZ INITIATIVE INESPE

International Network of Engineers and Scientists to Protect and Promote Ethical Engagement c/o Antje Bultmann, Sauerlacher Straße 1, 82515 Wolfratshausen. E-Mail: ethikschutz@aol.com, Homepage: www.ethikschutz.d; Tel.: 08171-72615; Fax: 98171-22834; Diese Initiative unterstützt Menschen, die aus Gewissensgründen Widerstand im Betrieb leisten. INESPE arbeitet mit der Juristenvereinigung latana und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) zusammen.

KATHOLISCHE BISCHÖFE FÜR GANZTAGSSCHULEN

Die Katholischen Bischöfe in Rheinland-Pfalz unterstützen die Landesregierung in ihrem Bestreben, die Zahl der Ganztags- Kindertagesstätten und der Ganztagschulen im Land zu erhöhen. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens werde die Kirche nicht abseits stehen, versicherten die Bischöfe bei einem sogenannten Spitzengespräch mit der Landesregierung.

KINDERÄRZTE FORDERN ELTERNFÜHRERSCHEIN

Deutschlands Kinder- und Jugendärzte fordern die Einführung eines „Elternführerscheins“ und mehr gesundheitliche Betreuung in der Schule. Durch verpflichtende Unterrichtsfächer wie „Familienkunde“ und „Gesundheitslehre“ sollten Heranwachsende als künftige Eltern und Leistungsträger Werte und Gesundheitsförderung lernen. Rund zwei Millionen Kinder leben nach den Angaben der Kinder- und Jugendärzte in sozialer Armut, sind krankheitsanfälliger und haben eine geringere Lebenserwartung als Kinder, die in gut situierten Familien aufwachsen. Armut, ein schlechtes psychosoziales Umfeld und ein niedriger Bildungsgrad der Bezugspersonen sind häufig miteinander verknüpft. Maximalforderungen sind für die Kinderärzte kostenlose Kindergärten und -tagesstätten.

ANERKENNUNG BEWAHRT JUGENDLICHE VOR SCHIEFER BAHN

Persönliche Anerkennung bewahrt Jugendliche laut einer Studie vor Kriminalität. Einen schlechten Status in Schule oder Familie glichen junge Männer oft durch Gewalt aus, erklärte der Tübinger Wolfgang Stelly. Diese jungen Männer versuchten, Stautssymbole zu erlangen und Männlichkeit zu demonstrieren. Wichtige Voraussetzung für einen Ausstieg aus der Kriminalität seien Selbstbestätigung durch die eigene Arbeit, Einbindung in familiäre Strukturen und ein festes Normensystem. Die Kriminologen fanden auch heraus, dass kriminelle Jugendliche - öfter als allgemein angenommen - in ein legales Leben zurückfinden. Es lasse sich kein Bild einer typischen Verbrecherkarriere erkennen. Der Ausstiegsdruck werde dadurch erhöht, dass die Männer den Unterschied zwischen der eigenen kriminellen Realität und dem Leben nichtkrimineller Altersgenossen wahrnehmen.

: BÜCHER – INFOS – BROSCHÜREN :

ARBEIT UND LIEBE

Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt 2002. ISBN: 3518291645 12 EUR

Stellt die unbezahlte Arbeit der Frau zu Hause ökonomische Arbeit dar und verdient sie als solche Anerkennung, d.h. muss sie dann auch bezahlt werden? Dies ist die Ausgangsfrage von Angelika Krebs' philosophischer Untersuchung unter dem Titel „Arbeit und Liebe“, die in diesem Jahr erschienen ist. Die Basler Philosophin unternimmt dabei den gelungenen Versuch einer Analyse der Arbeits- und Liebesbegriffe. Sie kommt zu dem

Ergebnis, dass Familienarbeit „als Tätigkeit für andere, die am gesellschaftlichen Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern teilnimmt“, als „ökonomische Arbeit“ zu begreifen ist, die nicht nur gesellschaftlich anerkannt, sondern auch monetär entlohnt werden sollte. Den häufig vorgetragenen Einwänden, dass darin doch eine Pervertierung der Liebe zu sehen ist, begegnet sie mit einer Beschränkung auf die Familienarbeiten, die durch eine Pflicht zur Fürsorge gekennzeichnet sind, also vor allem der Fürsorgearbeit für Kinder und Alte. Krebs gelingt damit auf einer fundamentalen Ebene der Nachweis, dass Familienarbeit „ökonomische Arbeit“ ist, die monetär anerkannt werden muss. Die Frage nach der technischen Umsetzbarkeit (Wer bezahlt wen wie hoch) kann nicht Aufgabe einer philosophischen Untersuchung sein. In diesem bemerkenswerten Buch geht es um die normativen Grundlagen. HZ

Weitere Bücher von Angelika Krebs: Naturethik. Frankfurt 1997, Suhrkamp, Taschenbuch, EUR 14; Gleichheit oder Gerechtigkeit? Texte der neuen Egalitarismuskritik. Frankfurt 2000, Suhrkamp Taschenbuch, EUR 10.

MEMORANDUM 2002

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftswissenschaft

*Blauer Brief für falsche Wirtschaftspolitik-
Kurswechselschmelze für Arbeit und Gerechtigkeit*

*Papy Rossa Verlag. Köln 2002. 254 Seiten, 15,80 EUR
ISBN 3-89438-246-5*

Das MEMORANDUM 2002 untersucht die aktuelle Konjunkturlage und die Perspektiven der Weltwirtschaft. Es entwirft Strategien, wie Rezession und Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnte. Weitere Themen: Wie kann die soziale Sicherung breiter Bevölkerungsschichten gewährleistet werden und die überfälligen Maßnahmen zum Klimaschutz finanziert werden? Außerdem werden folgende Schwerpunkte behandelt: Konjunktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik in Deutschland; Arbeitszeit sozial gestalten; die mißratene Gesundheitsreform; Abschied vom Einholprozeß Ost; Haushaltspolitik in der Europäischen Union; Weltwirtschaft in der Krise - ein theoretischer Erklärungsansatz; Klimaschutz - Alternativen durchsetzen. Auch dieses Jahr ist das Memorandum eine gute Sammlung aktueller und mittelfristiger Überlegungen zu einer veränderten Wirtschaftspolitik.

KOMPETENZENTWICKLUNG - LERNEN BEGLEITET DAS LERNEN

*Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Hermann-
Ehlers-Strasse 10, Neues Abgeordnetenhaus
53113 Bonn. 145 Seiten, kostenlos Tel.: 0228-107-0,
Fax: 0228-107-2977*

In dieser Veröffentlichung sind verschiedene, grundsätzliche Aufsätze abgedruckt.

ARBEIT IM FLEXIBLEN KAPITALISMUS

SOWI 4/01 Freiburg, Erhard Friedrich Verlag, Postfach 100150, 30917 Seelze, 105 Seiten, 10,50 EUR,

Themen sind u.a. Richard Sennett, der flexible Mensch; Transformation der Arbeit-Transformation der Gesellschaft; Zur Geschichte der Arbeit; Was ist gute Arbeit ?; Kapitalismus ohne Leitbild; Arbeit in der Informationsökonomie - neu definiert ?; Employability.

ERZIEHUNGSGEHALT 2000

Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit

Christian Leipert/Michael Opeilka, Kirchzarten, 162 Seiten, 7 EUR, Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe e.V., Eschbachstr.6, 79199 Kirchzarten; Tel.:07661-63062 Fax: 07661-62338

KONTUREN EINER MODERNEN FAMILIENPOLITIK

WSi - Mitteilungen 3/2202

Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 70 Seiten, 7,15 EUR, Hans-Böckler-Str.39, 40476 Düsseldorf

Themen sind u.a. Familienpolitik - wozu und für wen ? Die aktuelle familienpolitische Reformdebatte; Bessere Zeiten für erwerbstätige Mütter ? Transferzahlungen an Familien - demographische Entwicklung und Chancengleichheit; Kinderbetreuungspolitik in Frankreich und ihre Rechtfertigung

LERNWELTEN

FÜR EIN RECHT AUF WEITERBILDUNG

Peter Faulstich (Hrsg.)Hamburg 2002, 200 Seiten, VSA, 12,80 EUR

Aus verschiedenen Blickwinkeln wird das Recht auf Weiterbildung dargestellt u.a. von Peter Faulstich, Karl Georg Zinn, Berthold Huber, Bernhard Nagel, Erwin Vitt, Klaus Heimann, Rolf Dobisch, Mechthild Beyer

DIE SOGENANNTA DIENSTLEISTUNGSLÜCKE IN DEUTSCHLAND

Ein Vergleich von Konzepten für mehr Beschäftigung und neue Formen der Arbeitsmarktorganisation im tertiären Sektor, 63 Seiten, 2002

Gerhard Bosch (Autor), Institut Arbeit und Technik, Munscheidstr.14,

45886 Gelsenkirchen Tel.:0209-1707-176 Fax: 0209-1707-110, E-Mail: braczko@iatge.de <http://iat-info.iatge.de> 6 Euro oder kostenloses Laden von der Homepage.

Aus der Sicht von Gerhard Bosch ließe sich die "Servicewüste Deutschland" beleben, wenn Frauen durch mehr Kinderbetreuung in Krippen, Kindergärten und Horten Beruf und Familien besser vereinbaren könnten. Das Wachstum sozialer und persönlicher Dienstleistungen - wie in anderen europäischen Ländern hauptsächlich Frauenarbeit - wird durch die vergleichsweise geringe

Frauenerwerbsarbeit begrenzt. In Deutschland wird Dienstleistungsarbeit von Teilzeitkräften verrichtet, weil traditionelle Haushaltsstrukturen vorherrschen und das deutsche Schul- und Kindergartensystem es den Müttern schwer macht, Beruf und Familie zu vereinbaren. Als Schlüssel zur Entwicklung der bezahlter sozialer und persönlicher Dienstleistungen sieht Bosch in der Umwandlung von unbezahlter in bezahlte Arbeit, sozusagen der "Auslagerung" von Haushaltstätigkeiten infolge steigender Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Beschäftigungsquote der Frauen in der Bundesrepublik liegt - die Arbeitsstunden insgesamt umgerechnet auf Vollzeit - bei 43,4 Prozent. In Dänemark ist die Quote bei 60,3 Prozent und in Schweden bei 56,2 Prozent.

HOCHSCHULEHRE UND RELIGION - PERSPEKTIVEN VERSCHIEDENER FACHDISZIPLINEN

Dieter Fauth/Ulrich Bubenheimer (Hrsg), Würzburg 2000, 352 Seiten, Religion & Kultur Verlag Bismarckstr. 15 97080 Würzburg <http://members.aol.com/rkverlag> 30 EUR

Aus der Sicht verschiedener Wissenschaften wird der Zusammenhang von Hochschulehre und Religion thematisiert. Es kommen u.a. Philosophen, Religionswissenschaftler, Christliche und Islamische Theologen, Säkulare Humanisten und Juristen zu Wort.

SCHNELLE REAKTION

TATVERDÄCHTIGE KINDER UND JUGENDLICHE IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN BESCHLEUNIGTEM VERFAHREN UND PÄDAGOGISCHER HILFE

München, 2000, Deutsches Jugendinstitut Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention Postfach 900352 81503 München, Fax: 089-62306-162

E-Mail: jugendkriminalitaet@dji.de, kostenlos

Das Jugendinstitut erarbeitete drei Broschüren zum Thema Jugendkriminalität (Schnelle Reaktion, Wider die Ratlosigkeit im Umgang mit Kinderdelinquenz, Der Mythos der Monsterkids).



SCHULQUALITÄT KONKRET

Anne Mauthe/Ernst Rösner (Hg). Dortmund, 500 Seiten

15 EUR. ISBN 3-932110-16-1

In diesem Buch werden Qualitätsporträts guter Schulen beschrieben.

**NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG
STATUSBERICHT 2000**

Otwin Renn (u.a.), Stuttgart 2000, ca. 5 EUR

Die nachhaltige Entwicklung wird ausführlich dargestellt und Indikatoren als Wegweiser einer Nachhaltigen Entwicklung.

VON DER RISIKOGESELLSCHAFT ZUR CHANCENGESellschaft

Erwin Teufel (Hrsg.). Frankfurt, 300 Seiten, 12 EUR

In fünf Kapiteln werden u.a. folgende Themen behandelt: Sinnfragen in der modernen Gesellschaft, Wissen und Kultur als Faktoren des gesellschaftlichen Fortschritts, Die Lage der Jugend und das Verhältnis der Jugend und das Verhältnis der Generationen, Gesellschaftliches Engagement und Wege zur Mitverantwortung, Wert und Werte, Die Globalisierung und ihre Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft.

RELIGIONSUNTERRICHT ZWISCHEN LERNFACH UND LEBENSHILFE

Eine empirische Untersuchung zum katholischen Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland
Stuttgart, 2000, ca. 15 EUR

In sechs Kapiteln werden die Ergebnisse umfangreicher Befragungen vorgestellt.

ERST DIE FREUNDE, DANN DIE MEDIEN

Jürgen Barthelmes, Ekkehard SaDeutsches Jugendinstitut (Hg) Medien als Begleiter in Pubertät und Adoleszenz
Opladen 2001, ca. 15 EUR

In dieser Längsschnittsuntersuchung werden mögliche Wirkungen der Medien auf Jugendliche untersucht.

GEGEN DIE VERWILDERUNG DER SITTEN IN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Rainer Sanders (Autor), Oberursel, 220 Seiten,
Publik-Forum, Postfach 201010, 614190 Oberursel

STRATEGIEN GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

ZUR AUSBILDUNGS-UND BERUFSINTEGRATION VON JUGENDLICHEN MIT SCHLECHTEREN STARTCHANCEN

Henning Schierholz (Autor), Rehburg-Lccum 2001,
340 Seiten, 17,80 EUR.

In 21 Kapiteln werden die verschiedenen Akzente der Hilfen für Jugendliche differenziert dargestellt.

IAB-KOMPENDIUM ARBEITSMARKT-UND BERUFSFORSCHUNG.

Nürnberg, 600 Seiten, 12,50 EUR, Bestellungen:

Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit,

Regensburgerstr.106, 90478 Nürnberg,

E-Mail: martina.dorsch@iab.de

Dieses material - und faktenreiche Buch lohnt sich für den Leser, der sich näher mit dem Arbeitsmarkt, der Beschäftigungspolitik und der Ausbildung beschäftigen will.

MULTIMEDIA IN DER AUS-UND WEITERBILDUNG

Grundlagen und Fallstudien zum netzbasierten Lernen

Martin Lang, Günter Pätzold (Autoren), Köln 2002,

Fachverlag Deutscher Wirtschaftsdienst, ca. 15 EUR

Als erstes werden verschiedene Konzepte multimedialer Lernumgebungen beschrieben. Im zweiten großen Kapitel wird der Weg von der Konzeption zum Einbau multi-medialer Lernumgebungen vorgestellt. Abgeschlossen wird der Band mit Fallstudien zum intranetbasierten Lernen in Unternehmen.

SYNERGIEN DURCH REGIONALE NETZWERKE

Von der lernenden Organisation zur lernenden Region.

Wolfgang Wesely (Autor), 300 Seiten, Hannover 2001

20 EUR, ISBN 3-929700-18-2 Expressum - Verlag

Im Mittelpunkt steht die Arbeit, ihre Zukunft und Förderung. Auch die Lernende Organisation im Prozess der Veränderung von Unternehmen ist Thema.

AUFRUF

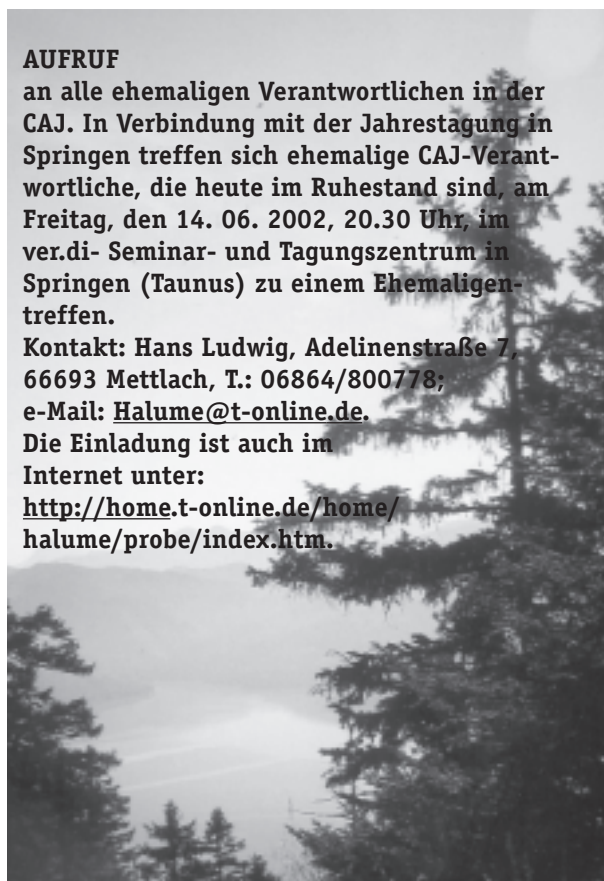
an alle ehemaligen Verantwortlichen in der CAJ. In Verbindung mit der Jahrestagung in Springen treffen sich ehemalige CAJ-Verantwortliche, die heute im Ruhestand sind, am Freitag, den 14. 06. 2002, 20.30 Uhr, im ver.di- Seminar- und Tagungszentrum in Springen (Taunus) zu einem Ehemaligentreffen.

Kontakt: Hans Ludwig, Adelinenstraße 7,
66693 Mettlach, T.: 06864/800778;

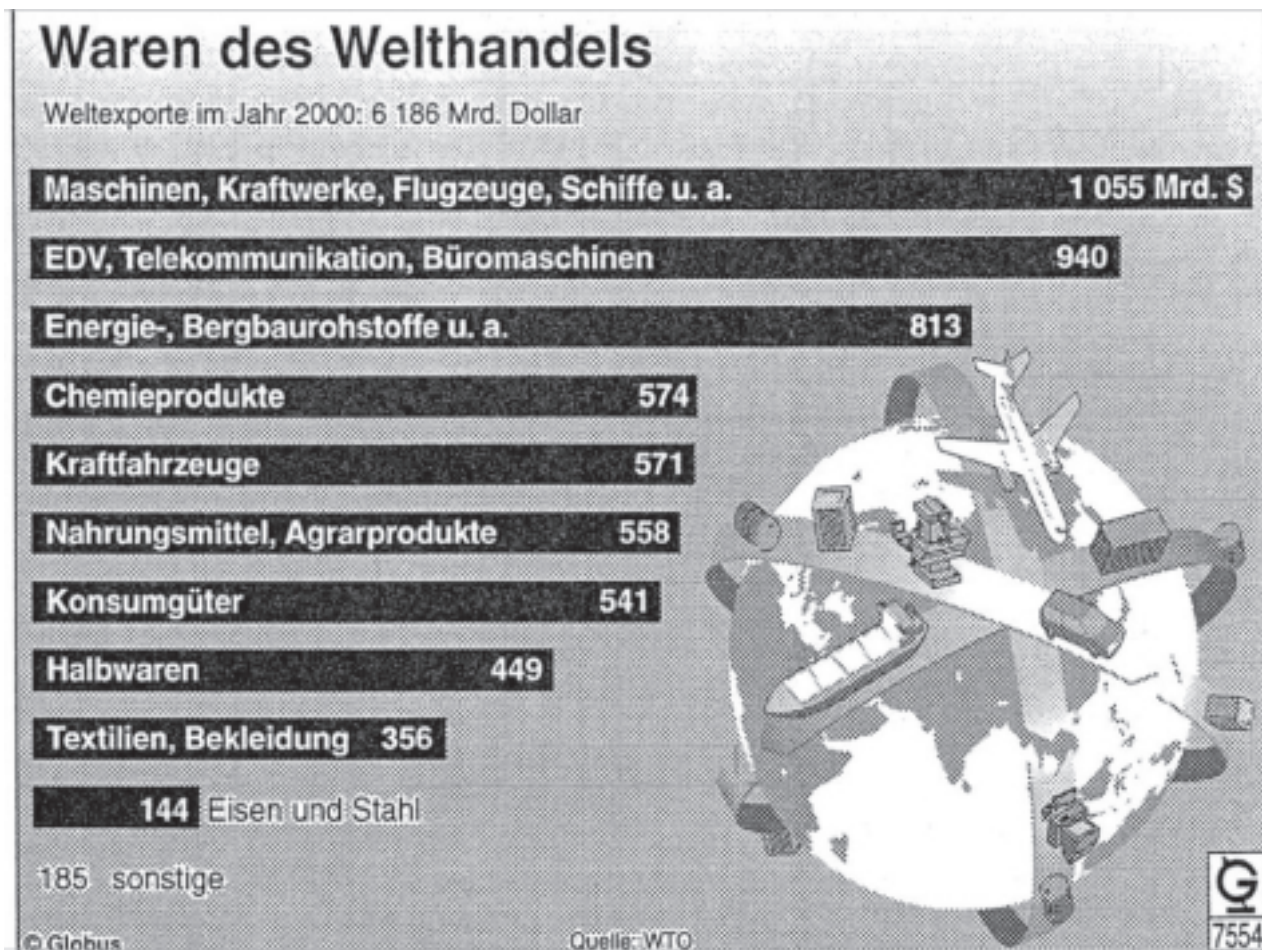
e-Mail: Halume@t-online.de.

Die Einladung ist auch im Internet unter:

<http://home.t-online.de/home/halume/probe/index.htm>.



: DAS AKTUELLE STICHWORT:



Im Jahr 2000 wurden Waren im Wert von 6.186 Milliarden Dollar auf dem Weltmarkt umgeschlagen. Die größten Umsätze erzielten die Exportnationen mit Maschinen, Flugzeugen, Kraftwerken und Schiffen und kassierten dafür 1.055 Milliarden Dollar. Ein wachsendes Gewicht am Weltexport verzeichneten die Elektronik- und Telekommunikationsgeräte. Sie rangierten mittlerweile mit einem Wert von 940 Milliarden Dollar auf dem zweiten Platz der Welthandelsliste. Die größten Exporteure sind die USA, Deutschland und Japan: Dieses Exporttrio kommt auf Ausfuhren von insgesamt 1.812 Milliarden Dollar und damit auf ein Viertel des Weltexports.

Im Vergleich: Europa exportiert insgesamt Waren im Wert von 18 Prozent der Weltexporte. Das sind

816 Milliarden Euro - in Dollar liegt die Zahl nicht vor. Bei der Ausfuhr von Büromaschinen und Telekommunikationsausrüstung steht die USA mit einem Wert von 153 Milliarden Dollar an der Spitze, gefolgt von Japan mit 108 Milliarden Dollar und Singapur mit 74 Milliarden Dollar, Taiwan mit 58 Milliarden Dollar und Hongkong mit 50 Milliarden Dollar. Die europäischen Länder folgen: Großbritannien hat einen Exportwert von 50 Milliarden Dollar und Deutschland einen von 45 Milliarden Dollar. Auf den nächsten Plätzen liegen drei asiatische Länder: Malaysia (44 Milliarden), China (44 Milliarden) und Südkorea mit 43 Milliarden Dollar. China ist allerdings auf dem Gebiet der Bekleidungs- exporte Spitze: Im Jahr 2000 wurde für 36,1 Milliarden Dollar Bekleidung exportiert.

: TERMINE :**17. Mai 2002 Berlin****Lokale Arbeitsmärkte und kommunale
Beschäftigungspolitik**

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-7778-123
FAX: 0211-77784-123

24./25. Mai 2002 Magdeburg**Konfliktmoderation**

Einführung in die Konfliktmoderation
mit Udo Cramer, Weiterbildner/Moderator
24.5.2002, 17.00 Uhr bis 25.5.2002, 18.00 Uhr
150 EUR incl. Übernachtung und Essen
Roncalli-Haus, Magdeburg
KKV-Bundesverband, Bismarckstr.61, 45128 Essen
Tel: 0201-87923-15 Fax: 0201-87923-33,
E-Mail: seminare@KKV-Bund.de
Internet: www.KKV-Bund.de/seminare

24.-26. Mai 2002 Loccum**Die Mobilität von Kapital und Arbeit in der EU-Ost-
erweiterung**

mit vielen hochrangigen Referenten
120 EUR Tagungsgebühr
Evangelische Akademie Loccum,
Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum,
Tel.: 05766-81-0, Fax: 05766-81-900
E-Mail: Karin.@evlka.de

7./8. Juni 2002 München**Überfordert die Zukunft den Menschen ?**

u.a. mit Prof. Dr. Volker Sommer/London,
Prof. Dr. Eve-Marie Engels, Tübingen,
Prof. Dr. Markus Vogt, Benediktbeuern
Anmeldung bis 31.5.2002 Hochschule für Philosophie,

Kaulbachstr.31a, 80539 München

Tel.: 089-2386-2357

Fax: 2386-2352

E-Mail: rottendorf@hfph.mwn.de

<http://www.hfph.mwn.de/rottendorf.html>

14./15.6.2002 Springen/Taunus**Familienerziehung als Arbeit und als Wirtschaftswachstum - Vollbeschäftigung ist möglich !**

u.a. mit Prof. Dr. Heiner Ludwig, Dr. Heribert Zingel,
Dr. Christine Küster, Prof. Dr. Manfred Kiy, Prof. Dr.
Elisabeth Jünemann, Antje Schumacher, Hans Ludwig,
Brita Baas (Publik-Forum) Freitag, 14.6.2002, 19.00
Uhr bis Samstag, 15.6.2002, 17.30 Uhr Tagungsort:
ver.di -Seminar-und Tagungszentrum Springen, Am
Geisberg, 65321 Heidenrod-Springen Telefon (0 61
24) 519 - 0 Fax (0 61 24) 519 - 190 E-Mail:
bst.springen@verdi.de Internet: www.stz-springen.de
Tagungsgebühr: 69 EUR Einzelzimmer, Anmeldung bis
3. Juni 2002 bei: Haus am Maiberg, Ernst-Ludwig-
str.19, 64646 Heppenheim Telefon: 06252-9306-0,
Fax: 06252-9306-10 E-Mail: p.pelegrini@haus-am-maiberg.de

**Achtung: Die Mitgliederversammlung des Vereins
netzwerk gesellschaftsethik beginnt am Freitag,
14.6.2002 17.00 Uhr. Genaue Einladungen werden
noch verschickt !**

IMPRESSUM

Der **ige** wird getragen von der Leserinitiative Pubik e.V.
und dem Studienkreis „Christliche Gesellschaftsethik“.

Herausgeber im Auftrag des „Netzwerk Gesellschaftsethik“ e.V.: Harald Pawlowski, Paul Schobel und Hans Ludwig.

Redaktion (verantwortlich): Gerhard L. Endres,
Caroline-Herschel-Str. 25, 81829 München,
Tel. 089/94539760, Fax 089/94539761,
e-mail: glandres@aol.com.

Schlussredaktion: Anne Purkhart, München.

Druckerei: Komplan, R. Biechteler GmbH, Griegstraße 9,
80807 München, Telefon 089/3591088.

Verlag und Bezugsadresse: Netzwerk Gesellschaftsethik e.V., c/o Gerhard L. Endres, Caroline-Herschel-Straße 25, 81829 München, Telefon 089/94539760,

Bezugspreis: Bei Bezug über die Post 25 Euro pro Jahr, als pdf-Datei per e-Mail 20 Euro pro Jahr, Förder-Abo 30 Euro, Gruppen-Abos nach Vereinbarung. Konto: Gerhard Endres, Nr. 2301628 Liga-Bank München, BLZ 75090300, Stichwort: „Netzwerk Gesellschaftsethik“.

Die Redaktion macht sich die Inhalte der aufgeführten Links nicht zu eigen, sondern weist nur auf deren Existenz hin. Für die Inhalte von Links im Internet ist die Redaktion nicht verantwortlich. Die Redaktion übernimmt keine Gewährleistung für fremde Inhalte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber bzw. der Redaktion wieder.